

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Druckerei
und die Anzeiger des Erzgebirges
entgegen. — Erhalten wertig.
Jahrespreis - Anschlag Nr. 23.

Druckerei des Erzgebirges
Verlag für Anzeigen und alle
Angelegenheiten des Erzgebirges,
besonders die des Erzgebirges,
alle die Erzgebirge, ausserhalb
von 1. Kottbus, sämtliche Jahre
des Erzgebirges.

Telegramme: Erzgebirge Anzeiger Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1900

Nr. 223

Donnerstag, den 22. September 1932

27. Jahrgang

Amerika wünscht Deutschlands Beteiligung

Erklärung Hoovers zur Abrüstungskonferenz

Washington, 20. September. Präsident Hoover erklärte heute: „Was die Presse mitteilt aus Paris über die deutsche Gleichberechtigungsforderung anlangt, so ist die Haltung der amerikanischen Regierung klar. Die einzige Frage, für die unser Land Interesse hat, ist eine schrittweise Einschränkung der Rüstungen in der ganzen Welt. Wir gehören nicht zu den Unterzeichnern des Versailler Vertrages und daher auch nicht zu den Partnern der Bestimmungen über die deutsche Rüstungsbeschränkung. Dies ist einzig und allein eine europäische Frage. Die Vereinigten Staaten haben immer erklärt, daß sie in eine Diskussion darüber nicht eingreifen. Es liegt uns daran, daß Deutschland sich weiterhin an der Abrüstungskonferenz beteiligt, die heute für die ganze Welt so erfolgversprechend ist und seine Mitwirkung zur Erreichung dieses großen Ziels zur Verfügung stellt.“

Rüstungsgleichheit sein und würde die Erreichung des Ziels der Abrüstungskonferenz ganz beträchtlich erleichtern.

Jaselski über die deutsche Gleichberechtigungsforderung

Warschau, 20. Sept. Außenminister Jaselski hatte vor seiner Abreise nach Genf mit dem ehemaligen polnischen Gesandten in Berlin, Roman Kroll, eine Unterredung über aktuelle außenpolitische Fragen. Jaselski wandte sich zunächst gegen die Kritiker des Völkerbundes und kam dann auf die deutsche Forderung nach Rüstungsgleichheit zu sprechen. Er meint, daß einige Regierungen sich bemühen würden, eine Deutschland beschreibende und gleichzeitig die Verträge nicht

verletzende Formel zu finden, sofern die Reichsregierung bei Aufstellung ihres Verlangens die Bedürfnisse des nationalen Prestiges zum Ausgangspunkt genommen hätte. Sofern aber Deutschland tatsächlich die Absicht haben sollte, seine Kampfkraft zu vermehren, müßte es auf ernste Gegenwirkungen rechnen. Es sei doch bekannt, daß kein Nachbar gegenüber Deutschland Eroberungsabsichten hege. Dingen hätten sich deutsche Parteien und Politiker, ja sogar Regierungsmitglieder wiederholt in aggressiver Form überhandstärkte geäußert, die juristisch schon tatsächlich anderen Staaten angehörten. Die Zustimmung zu der Verlegung eines Artikels des Versailler Vertrages, der von einer Rüstungsbeschränkung spräche, die von einigen Staaten erwogen wurde, um in der Abrüstungsfrage auf andere Staaten einen Druck auszuüben, würde vermutlich zu einer allgemeinen Rüstungsarreue führen.

Herriot: „Nein! Niemals! Nichts! Unmöglich!“

Paris, 20. Sept. Der häufig gut unterrichtete „Petit Parisien“ bringt eine Darstellung über die Bedeutung und das Zustandekommen des Herriot'schen Votums: „Nein! Niemals! Nichts! Unmöglich!“ die wohl eine Ergänzung der gestrigen Verlautbarung ist, durch die Herriot selbst erklärt hat, er habe zu seinem Kommunique über die Beratungen vor dem auswärtigen Ausschuss des Parlaments nichts hinzuzufügen; alle Nachrichten, die über das Kommunique hinausgingen, müßten für ihn als nicht verbindlich angesehen werden. Die Darstellung des „Petit Parisien“ lautet: Es sei klar, daß von verschiedenen Seiten versucht werde, den Ausdruck Herriot's auszudeuten. Wenn tatsächlich diese Worte im Verlaufe der Erklärungen, die der Ministerpräsident vor dem auswärtigen Parlamentsauschuss abgegeben habe, gefallen seien, so hätten sie sich auf ganz bestimmte, der Vergangenheit angehörende Ereignisse bezogen. Dieser Hinweis bedeute natürlich nicht, daß Herriot nicht vielleicht aus neue diese Worte gebrauchen könnte, aber für den Augenblick könne man sie, wenn man Herriot's Auffassung und die Wahrheit nicht völlig verfälschen wolle, nicht auf Eventualitäten beziehen, die nicht in Frage gekommen seien, als Herriot sich dieser Worte bediente.

Engere Zusammenarbeit zwischen Reich und Ländern

Besprechung der Finanzminister

Berlin, 20. September. Im Reichsfinanzministerium fand heute unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers eine Besprechung mit den Finanzministern der Länder statt. Die eingehende Aussprache ergab, daß bei den noch immer findenden Einnahmen und den steigenden Wohlfahrtsausgaben der Gemeinden die finanzielle Lage für viele Länder und Gemeinden in den nächsten Monaten selbst bei Annahme einer leichten Besserung der Wirtschaft noch äußerst schwierig werden wird und daher an weiteren Vereinfachungs- und Ersparnismaßnahmen nicht vorübergegangen werden kann. Zur Prüfung dieser Frage wird bereits in den nächsten Tagen ein kleiner Ausschuss im Reichsfinanzministerium zusammengetreten, dem ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums und sieben Vertreter der Länder angehören.

teiligen. Das kommt schon darin zum Ausdruck, daß die Verhandlungen unter dem Vorsitz des Leiters der Stabsabteilung des Reichsfinanzministeriums, Ministerialdirektor Dr. Olfner, stehen. Andererseits ist bemerkenswert, daß die Länder, während sie früher vom Reich doch nur mehr gutachtlich herangezogen wurden, in diesem Gremium zum ersten Mal praktisch an der Ausarbeitung von Maßnahmen für die verschiedenen Verwaltungsgebiete beteiligt werden. Das ist ein Fortschritt, der nach Auffassung politischer Kreise gerade vom Standpunkt der Länder aus lebhaft zu begrüßen ist.

Der Sparauschuss

Berlin, 20. September. Wie das Conti-Nachrichten-Büro erzählt, besteht der Ausschuss, der heute von der Konferenz der Finanzminister eingesetzt wird, außer dem Reichsfinanzministerium aus den vier großen Ländern Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg und den mittleren Ländern Hamburg, Thüringen und Mecklenburg-Schwerin. In der Ministerkonferenz hat der Reichsfinanzminister zunächst einen Überblick über die Lage gegeben, damit eine Reihe von Anregungen verknüpft und schließlich die Wünsche der Länder entgegengenommen. Dabei zeigte sich aber, daß das Gremium dieser Konferenz viel zu groß ist, um in den Einzelfragen, bei denen Vereinfachung gewünscht wird, praktische Arbeit zu leisten. Deshalb hat der Finanzminister den Vorschlag gemacht, einen solchen Ausschuss zu bilden, der seine Beratungen zweckmäßig und in Ruhe durchführen kann. Der Ausschuss ist bereits zu einer ersten Sitzung zusammengekommen, um zunächst den Aufgabenzweck festzulegen, in dem sich die Untersuchungen und die Vorschläge bewegen sollen, zu denen man zu gelangen hat. Das Arbeitsgebiet des Ausschusses erstreckt sich auf die verschiedenen Verwaltungskreise, so auf die Justizverwaltung, die Schulverwaltung usw. Der Ausschuss wird sich auch mit der Frage der Beamtenbesoldung beschäftigen. Hierfür besteht gerade bei den Ländern ein starkes Interesse, da die Besoldungsverhältnisse bei ihnen recht ungleich sind und deshalb häufig Grund zu Mißstimmungen in den Kreisen ihrer Beamten gegeben haben. Ein besonders wichtiges Gebiet ist die Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung. Bei den bisherigen Beratungen hat sich auch bereits eine gewisse Linie hierfür abgezeichnet, die darauf hinausläuft, daß Ersparnisse oder Ueberschüsse bei der Arbeitslosenfürsorge der jetzt besonders beanspruchten Wohlfahrtsfürsorge zugute kommen sollen. Aus der Mannigfaltigkeit dieser Aufgaben entwickelt sich die Arbeitsweise des Ausschusses von selbst. In seiner heutigen ersten Sitzung ist man sich deshalb darüber klar geworden, daß nicht immer nur dieselben Vertreter an den Arbeiten teilnehmen sollen. Man beabsichtigt vielmehr, Facharbeiter aus den in Frage kommenden Ressorts heranzuziehen. Mit den eigentlichen Arbeiten soll Ende der Woche begonnen werden. Zunächst wird der Ausschuss dafür, wie man in unterrichteten Kreisen annimmt, voraussichtlich etwa zwei bis drei Wochen benötigen, um dann einer neuen Konferenz der Finanzminister seine Vorschläge zu unterbreiten. Natürlich wird auch das Reich sich sehr stark an der Tätigkeit des Ausschusses be-

Reichsbankdiskont 4 Prozent

Berlin, 21. September. Die Reichsbank setzt mit Wirkung ab 22. September den Diskontsatz von 5 auf 4 Prozent und den Lombardsatz von 6 auf 5 Prozent herab.

Der Reichspräsident bestimmt den 6. November zum Wahltag

Berlin, 20. September. Reichspräsident v. Hindenburg hat durch Verordnung vom heutigen Tage bestimmt, daß die Neuwahl des Reichstages am 6. November 1932 stattfindet.

Dank des Reichskanzlers

Berlin, 20. Sept. Von der Reichskanzlei wird mitgeteilt: Dem Reichskanzler sind aus Anlaß des durch Rundfunk verbreiteten Regierungsausgangs eine so ungemein große Anzahl von Zustimmungserklärungen aus allen Teilen des Landes zugegangen, daß er sich zu seinem Bedauern auferhalten sieht, sie alle persönlich zu beantworten. Er übermittelte daher auf diesem Wege seinen herzlichsten Dank allen denen, die sich in der Not des Vaterlandes mit heißem Herzen als Kämpfer in die Reihen der Front „Mit Hindenburg für Deutschlands Erneuerung“ stellten.

Sie reisen zusammen...

Paris, 20. September. Ministerpräsident Herriot und der im Laufe des Abends in Paris eingetroffene Minister des Auswärtigen, Sir John Simon, sind abends nach Genf abgereist. Im gleichen Zuge reisen auch der französische Kriegminister Paul Doumer, der spanische Botschafter de Mariaga, sowie verschiedene französische und englische Sachverständige.

Schulfrei in Preußen am Geburtstag Hindenburgs

Berlin, 20. September. Der mit der Wahrung der Geschäfte des preussischen Kultusministers beauftragte Staatssekretär Dr. Sammers hat an die Provinzschulkollegen und Regierungen folgenden Erlaß herausgegeben: Zur Feier des 85. Geburtstages des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg bestimme ich, daß am 1. Oktober oder, soweit dieser Tag in die Ferien fällt, am letzten Schultage der Unterricht ausfällt.

Verbot der Wochenschrift „Das Reichsbanner“

Berlin, 20. September. Wie der Amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, hat der Oberpräsident in Magdeburg auf Ersuchen des kommissarischen Ministers des

Henderson lenkt ein

London, 20. Sept. Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, veröffentlicht im „News Chronicle“ einen Artikel, in dem es u. a. heißt, das Büro der Abrüstungskonferenz sehe sich vor die hochwichtige Frage gestellt, die sich aus Deutschlands Forderung nach gleicher Rechtfertigung ergebe. Diese Angelegenheit könne nicht umgangen oder ignoriert werden, und er, Henderson, hoffe zuversichtlich, daß das Büro sich ihrer Dringlichkeit und ihrer eventuellen Folgen für das Werk der Konferenz nicht verschließen werde. Keine Delegation der Abrüstungskonferenz könne aber nicht gewarnt sein, daß die deutsche Forderung so nachdrücklich in den Vordergrund geschoben wurde. Das deutsche Volk habe 18 Jahre lang in einer Stellung militärischer Unterlegenheit gelebt. Dieser Mann habe unvermeidlich ein Gefühl der Beleidigung hervorgerufen, und dieses Gefühl sei noch verstärkt worden durch die Verzögerung der Einstellung des im Jahre 1919 gegebenen Versprechens durch die alliierten und assoziierten Mächte. Angesichts der Verpflichtungen, die die alliierten und assoziierten Mächte im Versailler Vertrag und im Locarno-Abkommen eingegangen seien, könne es nur eine Antwort auf die deutsche Forderung nach gleicher Rechtfertigung geben, die mit der Ehre und auch mit der Aufrechterhaltung guter internationaler Beziehungen in Einklang zu bringen sei. Die Lage erfordert, so schreibt Henderson, schnelles und kluges Handeln, und die Mächte, die direkt interessiert sind, können sie sofort erleichtern durch die freimütige Erklärung, daß sie beabsichtigen, der in Versailles eingegangenen Verpflichtung nachzukommen. Eine solche Handlungsweise würde viel dazu beitragen, das deutsche Volk und die Völker der anderen besiegten Länder davon zu überzeugen, daß die Mitgliedschaft im Völkerbund tatsächlich Gleichheit der Rechte, der Pflichten und der Verantwortlichkeiten bedeutet. Es würde eine endgültige Antwort auf die deutsche Forderung nach